Die Gefahr der englisch-russischen Beziehungen

Autor(en): **Greenwood, Thomas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **- (1930)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-760111

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Gefahr der englisch-russischen Beziehungen

von Thomas Greenwood

Die offizielle Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den Sowjets ist ein hervorragender Zug in der Außenpolitik der britischen Regierung. Den Weg zu dem Ziele einer offenen Freundschaft mit den Roten hatte ja schon jene unpatriotische Bewegung für das bolschewistische Rußland geebnet, die von den britischen Sozialisten während des Krieges getrieben wurde, ebenso ihr daran anschließendes « Hände weg von Rußland » und ihre « sowjetistischen » Bestrebungen, als sie in England Aktionsräte ins Leben riefen, um den bolschewistischen Einfall in Polen zu unterstützen und schließlich auch die Lockung einer wirtschaftlichen Verbindung großen Stils mit Rußland, die den Arbeitslosen helfen sollte. Großbritanniens Tore sind also den Bolschewisten weit geöffnet worden, die nun von neuem offizielle Mittel und Wege haben werden, Anleihen aufzunehmen und ihre vertrauensbrecherische Propaganda zu treiben und zu überwachen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen hat es jedoch nicht vermocht, von den Sowjets für diese vollkommenen Erleichterungen irgendeine Zusage zu erhalten, daß sie ihre Schulden bezahlen, unseren Handel mit Rußland erleichtern und die revolutionären Umtriebe im britischen Reich einstellen wollten. Und wenn Mr. Henderson jetzt, da die Botschafter ausgetauscht worden sind, von der Sowjetregierung formelle Versprechungen erhalten wird, so sollte er sich die Worte des Vorsitzenden der allmächtigen OGPU, Menschinsky, ins Gedächtnis rufen, der gesagt hat: « Solange es Idioten gibt, die unsere Unterschrift ernst nehmen und ihr vertrauen, müssen wir alles versprechen, was verlangt wird, und soviel davon wie man haben will, wenn wir nur etwas Greifbares dafür in die Hand bekommen. »

Handel und Propaganda – das sind die beiden Hauptprobleme, die die gegenwärtigen Beziehungen von Großbritannien und Rußland beherrschen. Sehen wir uns zunächst die wirtschaftliche Seite der Frage an. Es ist oft gesagt worden, daß Rußland als Markt der britischen Industrie ungeheure Möglichkeiten biete, daß man seine ungehobenen Naturschätze zu einer erstklassigen Anlage für britisches Kapital machen könnte. Diese Ansicht scheint in der Theorie sogar von einigen der konservativen Industriellen und Kaufleute geteilt zu werden, die

im letzten Frühjahr eine Reise durch Rußland unternommen haben. In der Praxis aber macht das wirtschaftliche System der Sowjets eine gerechte und billige Zusammenarbeit mit ihnen unmöglich. Im normalen Verlauf würde man den Russen Erzeugnisse britischer Fabrikation gegen Geld verkaufen oder gegen Kredit, der dann in russischen Konzessionen fundiert werden könnte. Aber die Sowjets brauchen Geld oder langfristige Kredite, sowohl um Waren in England zu kaufen, als auch um neue Industrien in Rußland zu errichten. Der Gouverneur der russischen Staatsbank hat oft gesagt, daß ein Kredit von etwa 200 Millionen Pfund ohne Gegenleistung notwendig wäre, wenn die Russen mit Großbritannien in Geschäftsverkehr kommen sollten. Man verlangt also von uns, daß wir beides, Waren und Geld herbeischaffen, ohne eine Sicherheit zu haben, dafür irgendwelche Konzessionen zu erhalten. Im übrigen darf man die Möglichkeiten des Handels mit Rußland nicht überschätzen. Selbst mit gesunder Wirtschaft und mit dem größeren Gebiet seiner Vorkriegsgrenzen nahm Rußland nicht mehr als etwa 5 % des britischen Exports auf; und seit dem Kriege ist die höchste Ziffer, die der britische Export nach Rußland erreicht hat, nur doppelt so hoch wie der britische Export nach Nigeria, während die Handelsbeziehungen der Dominien zu Rußland so gut wie nicht vorhanden sind. Außerdem, wenn 1923 Englands Handel mit Rußland £ 4,481,000 und 1925 dagegen £ 19,257,000 betrug, so liegt der Hauptgrund für diese Steigerung zweifellos mehr in der französischen Besetzung des Ruhrgebiets, die den deutschen Export lahm legte, als in der offiziellen Anerkennung der Sowjets durch die erste Labour-Regierung im Jahre 1924. Die Ziffer des deutsch-russischen Handels schwankte während dieser Zeit, trotz des Rapallo-Vertrages, zwischen 4–5 Millionen Pfund und sprang auf 12 Millionen im Jahre 1925, als das Ruhrgebiet geräumt worden war. Und wenn der britische Handelsverkehr mit Rußland seit 1926 ständig abgenommen hat, während der deutsche und der amerikanische zunahmen, so sind dafür in erster Linie die Krise des Kohlenbergbaus und der Generalstreik verantwortlich zu machen, den die britischen Sozialisten, unterstützt durch ihre Freunde von Moskau, angefacht haben, – nicht nur die Folgen der Razzia bei der Arcos in London.

Noch eine Tatsache erschwert und gefährdet den Geschäftsverkehr mit Rußland. Der Außenhandel dieses Landes ist Staatsmonopol, denn eine sozialisierte Produktion läßt sich bei freiem Export und Import nicht aufrecht erhalten. Ausländische Gelder und Kredite müssen also

durch die Hände der Sowjetregierung gehen, deren kaufmännische Fähigkeiten wir der individuellen Beurteilung überlassen wollen. Als Mr. MacDonald während seiner ersten Amtszeit als Premierminister der russischen Regierung Kredite gewähren wollte, fand der britische Steuerzahler an dieser Idee wenig Gefallen und gab seinem Mißvergnügen in den Generalwahlen von 1924 deutlichen Ausdruck. Obgleich Mr. Snowden sich verständiger gezeigt und erklärt hat, daß die britische Regierung nicht beabsichtige, den Sowjets Staatskredite zu gewähren, war Mr. Henderson so freundlich, zu sagen, daß es den privaten Firmen freistehe, mit Rußland auf eigene Gefahr Geschäfte abzuschließen. Diese Möglichkeit hatte jedoch schon immer bestanden, selbst nach jener plötzlichen Durchsuchung des Arcos-Gebäudes. Sollte jedoch der Staatssekretär damit meinen, daß nun, da die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen sind, das Risiko geringer geworden sei, so irrt er. Wir brauchen uns nur an den Bericht zu erinnern, den der britische Handels-Attaché in Berlin 1928 verfaßt hat und aus dem hervorgeht, daß ein geregelter Austausch von Gütern zwischen einer staatsmonopolistischen Regierung und einer privatkapitalistischen Industrie unmöglich ist, wenn auch einzelne Transaktionen reibungslos und mit Nutzen durchgeführt werden können.

Konzessionen waren schon vor der Revolution für ausländische Unternehmungen in Rußland nicht leicht zu erlangen, außer durch Beamtenbestechung. Seit der Revolution sind nun den ausländischen Firmen so viele Hindernisse in den Weg gelegt worden, daß sich eine nach der anderen zurückgezogen hat. So hatte z. B. eine deutsche Gesellschaft die Konzession für den Touristen- und Reiseverkehr in Rußland. Aber nach kurzer Zeit hatten die Deutschen von ihrem Versuch genug und verzogen sich, – und seitdem ist der Touristen- und Reiseverkehr wieder Staatsmonopol. Ein anderes Beispiel bietet der Krupp'sche Konzern, der eine Konzession erwarb, aber schließlich fand, daß er sich verrechnet hatte; er mußte nach 4 Betriebsjahren seinen Vertrag ganz und gar revidieren lassen.

Das denkwürdigste Abenteuer erlebte freilich Mr. W. A. Harriman, der amerikanische Millionär, der 1925 die Manganerz-Konzession erwarb und dafür £ 200 000 bezahlte und weitere £ 200,000 im voraus für Lizenzen. Aber der Bau einer Eisenbahn für die Bergwerke, die Ausgaben für notwendige Werkanlagen und das Lehrgeld, das er für Erfahrungen bezahlen mußte, kosteten noch etwa 1 Million Pfund dazu. Dabei machte die Sowjetregierung große Gewinne beim Wechsel von

Dollar in Rubel, während die Arbeitsgesetze der Sowjets keine Überstunden erlaubten, und 5½ Tage für eine Arbeitswoche rechneten. So mußte sich die Harriman-Gruppe nach drei Jahren des Kampfes zurückziehen.

Auf diese Erfahrungen bezieht sich, was Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, vor kurzem erklärt hat: daß trotz bedauerlicher Erfahrungen, die gewisse ausländische Firmen in Rußland gemacht hätten, seine Regierung stets geneigt sei, neue Gesuche um Konzessionen in Erwägung zu ziehen. Vielleicht hofft er Nachfolger für die Harriman- und anderen Gesellschaften zu finden, die sich wegen der eigenmächtigen Geschäftsgebarung der Sowjets in Rußland nicht halten konnten; diese jedenfalls würden nur allzu gern ihre Methoden an neuen Ankömmlingen weiter ausprobieren. Unter solchen Umständen müssen die Arbeitslosen und die notleidende Industrie in England noch lange warten, ehe sie aus der englisch-russischen Zusammenarbeit Vorteile für sich erwarten können.

Das andere Problem war die Propaganda, die manche Leute gern für eine Phase der historischen Gegnerschaft des russischen und britischen Reiches ansehen, die ja besteht, seitdem Peter der Große den dumpfen Trieb der slawischen Stämme nach den warmen Meeren des Südens zum Gegenstand bewußter Politik gemacht hat. Immerhin läßt sich die Betonung dieser dauernden Rivalität schlecht als Argument gebrauchen, um Großbritannien zu veranlassen, die Sowjet-Propaganda geduldig hinzunehmen. Die Diplomaten des Zarenreiches waren wenigstens gentlemen; die Sowjetregierung dagegen, um sich das Ansehen von Selbstachtung zu geben, vertraut ihre gemeine und verhängnisvolle Propaganda der dritten Internationale an, die von ihr beraten und unterstützt wird. Bolschewisten wären ja nicht Bolschewisten, wenn sie nicht in jedem Lande, das ihre Agenten hereinläßt, die Sache der Revolution betrieben. Ihr Ziel und ihre Aufgaben sind stets dieselben: den Klassenhaß zu schüren, die bestehende Ordnung zu untergraben und die christliche Religion zu zerstören. Dies zeigt auch die neuerliche Verstärkung des anti-kirchlichen Feldzuges in Rußland, der den Widerspruch der gesamten zivilisierten Welt herausgefordert hat. Es ist doch wirklich so, daß Bolschewisten, die ihre Ideale und ihr eigenes Land nicht verraten wollen, der Welt gegenüber Verräter sein müssen.

So kündigte die *Pravda*, das offizielle Organ der kommunistischen Partei in Rußland, schon im Zusammenhang mit der Ankunft des Sowjetbotschafters Sokolnikov die jetzt unter dem Namen *The Daily Worker* in England erscheinenende Zeitung an, deren Ziele, nach der

Pravda sind « die Massen für den Kampf zu mobilisieren, die radikale Minderheit in der Labour-Partei zu organisieren und sie zu einer Mehrheit zu machen gegen die Bürokratie der Gewerkschaften, gegen das britische Kapital und seine Schutzpolizei: die Lakaien, die jetzt am Ruder sind. *Der Daily Worker* wird die Verbindung herstellen zu der radikalen Gewerkschaft indischer Textilarbeiter, zur Aktionszentrale der Baumwollindustriearbeiter in Lancashire, zu den schottischen Bergleuten und dem Negerproletariat in Südafrika. Der gesamte Lauf der ökonomischen und politischen Ereignisse mobilisiert die Massen zu neuem revolutionärem Kampf. Die kommunistische Partei muß Autorität über die Massen gewinnen, indem sie in den Fabriken selber aktiv am Klassenkampf teilnimmt. »

Trotz Lord Curzons ernster Warnung im Jahre 1922 und trotz der freundlichen Geste MacDonalds im Jahre 1924, trotz ihrer Versprechen und ihrer Versicherungen, sie würden sich auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken, haben also die Sowjets niemals mit ihrer feindlichen Propaganda im ganzen britischen Reich aufgehört. In Südafrika mußte man ihren Umtrieben weitreichende Polizeimaßnahmen entgegensetzen, um gefährliche Aufstände zu verhüten. In Indien sahen wir ihre Wirksamkeit aufgedeckt im Kommunistenprozeß von Meerut, und in Afghanistan zeigte sich ihre Hand bei den Revolutionen, die dieses Land aufgewühlt haben. Und daß die Bolschewisten in China, wo sie fast in offenen Konflikt mit England geraten wären, den ersten Gang – und wahrscheinlich auch den zweiten, durch ihren Kleinkrieg in der Mandschurei – verloren haben, darf einen nicht zu dem Glauben verleiten, sie würden ihre Anstrengungen aufgeben, im Fernen Osten Kriege und Unruhen anzustiften.

Es ist interessant festzustellen, daß die Sowjetpropaganda gegen das britische Reich jetzt auf zwei verschiedenen Ebenen betrieben wird. Europa in seiner heutigen, vom Prinzip der Nationalität umgewandelten Gestalt wird von den Bolschewisten allein als das Feld der zukünftigen Weltrevolution betrachtet; daher die intensive, rein kommunistische Propaganda in den westlichen Staaten. Aber die asiatischen Länder, die noch von den Westmächten regiert werden, sind noch nicht reif für den integralen Leninismus. Sie müssen erst auf europäisches Niveau gebracht werden, indem man den Geist des Nationalismus, der sie gegen die europäischen Mächte aufstacheln soll, in ihnen wachruft. Dies ist die besondere Aufgabe der « Kommunistischen Universität für die Arbeiter des Ostens ». Kommunismus im Westen und Nationalis-

mus im Osten sind also die beiden gleich gefährlichen Waffen, die Moskau gegen das britische Reich gebraucht. Und diese Propaganda wird mit der gewissenlosen Geschicklichkeit von geübten Spezialisten ausgeführt, für welche Bestechung, offene Rebellion und Anstiftung zum Mord die alltäglichsten Mittel der Diplomatie bedeuten.

So sieht in Wahrheit die Lage aus, welche die britischen Labour-Führer zuzugeben sich einfach weigern, trotz des Spottes und der Beleidigungen ihrer russischen « Freunde ». Man läßt die Bolschewisten ruhig von dem « Hinauswurf der Pseudo-Arbeiterregierung durch die Sowjet-Diplomaten an der Spitze der britischen Massen » reden und erklären, daß « Mr. Henderson schleunigst kapituliert hat, weil er nicht wagte, ohne abgeschlossene Vereinbarung vor den Kongreß der Labour-Partei in Brighton zu treten. » Wahrhaftig, es war eine demütigende Kapitulation. Da Sowjet-Propaganda doch weiter nichts ist als Krieg mit anderen Mitteln, hätten die Spielregeln das Einstellen der Feindseligkeiten verlangt, bevor der Waffenstillstand unterzeichnet und diplomatische Vertreter ausgetauscht wurden. Statt dieser vernünftigen Handlungsweise hat Mr. Henderson es vorgezogen, Moskau nachzugeben und seine Abgesandten zu empfangen, ohne vorher eine Zeitlang zu beobachten, ob es imstande und willens sei, seine umstürzlerische Tätigkeit aufzugeben. Diejenigen aber, die bei ihrer Ansicht verharren, daß die Anknüpfung von Beziehungen mit den Sowjets keine günstigen Ergebnisse zeitigen werde, solange die Russen nicht jene zugestandenen Ziele und bekannten Methoden aufgeben, die mit internationaler Verständigungspolitik unvereinbar sind, vertreten auch mit Recht die Meinung, daß bald Gelegenheit sein wird, den bösen Willen Moskaus vor der Welt aufzudecken.

Man kann allerdings darauf gespannt sein, wie die Bolschewisten sich die Ausführung des Artikels 16 der Erklärung von 1924 denken, die in Klausel 7 des Protokolls erwähnt ist, das Mr. Henderson und Herr Dovgalevsky nach ihrer historischen Konferenz in Lewes im vergangenen Oktober unterzeichnet haben. Dieser Artikel lautet: « Die Vertragsparteien bekräftigen feierlich ihren Wunsch und ihre Absicht, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, das unbestrittene Recht eines Staates, sein eigenes Leben in seinem Rechtsgebiete auf seine eigene Weise zu regeln, sorgfältig zu achten, sich zu enthalten und alle Personen oder Organisationen unter ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle, einschließlich aller Organisationen, die irgendwelche finanzielle Unterstützung von ihnen beziehen, abzuhalten von jeder offenen oder

versteckten Handlung, die in irgendeiner Weise die Ruhe oder die Wohlfahrt eines Teiles des Gebietes des britischen Reiches oder der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu gefährden geeignet ist, oder darauf abzielt, die Beziehungen des britischen Reiches oder der Union mit ihren Nachbarn oder anderen Ländern zu verbittern. »[1])

Wenn Mr. Henderson erwähnte, daß die meisten europäischen Staaten normale Beziehungen zu Rußland unterhalten, so hätte dieses Argument nur dann Bedeutung, wenn Sowjetrußland für eine der großen Mächte als politischer Rückhalt in Frage käme. Gegenwärtig aber scheint etwas Derartiges ausgeschlossen zu sein. Frankreich ist eng durch Verträge mit Polen und Rumänien verbunden, die ihr Gebiet in der Hauptsache auf Kosten Rußlands vergrößert haben; auch seine Länder im Fernen Osten sind, ebenso wie die holländischen, vom Bolschewismus bedroht; im übrigen haben ihm seine normalen Beziehungen mit Moskau noch nicht zu einer Regelung seiner russischen Schuldforderungen verholfen. Deutschland andererseits hat von Preußen die historische Mission ererbt, sich über die slawischen Stämme auszubreiten; daher sein Wunsch, Rußland ungeachtet der Verfassung, in der es sich augenblicklich befindet, zu schonen, obgleich beide Staaten in Südosteuropa mögliche Nebenbuhler sind. Diese Politik auf weite Sicht beherrscht heute die geregelten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Da aber Theorie und Praxis des Bolschewismus für die Sowjets untrennbar dasselbe sind, würde Deutschland es niemals wagen – trotzdem es selber sittlich immun ist – sich zu rückhaltloser Zusammenarbeit mit Moskau herzugeben.

Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, so sind sie gar nicht sehr auf eine Freundschaft mit den Bolschewisten begierig. Ihre Politik in dieser Richtung ist immer noch von der Bainbridge Colby Note von 1920 bestimmt, an die zu erinnern es sich lohnt. « Es ist die Ansicht dieser Regierung, daß es keine gemeinsame Ebene geben kann, auf der sie sich mit einer Macht treffen könnte, deren Auffassung vom Wesen internationaler Beziehungen ihrer eigenen so ganz und gar fremd, ihrem sittlichen Empfinden so ganz und gar zuwider ist. Bevollmächtigte einer Macht können wir nicht anerkennen, können keine offiziellen Beziehungen zu ihnen unterhalten oder sie freundlich empfangen, wenn sie eine Regierung vertreten, die entschlossen und verpflichtet ist, die Einrichtungen unseres Volks zu untergraben, und deren Diplomaten

[1]) Übersetzung der *Europäischen Gespräche*, 1924, S. 571. – Das Protokoll vom 3. Oktober 1929 im Wortlaut übersetzt in *Europäische Gespräche*, 1929. S. 558/59.

gefährliche Aufstände anzetteln werden.» Die Note setzt weiterhin auseinander, daß diese Haltung der amerikanischen Regierung nicht auf grundsätzliche Ablehnung oder Abneigung gegen das politische und wirtschaftliche Regime zurückzuführen ist, das Rußland eingesetzt hat. Nur sei die Regierung der Vereinigten Staaten davon überzeugt, «daß das in Rußland herrschende System basiert auf der Verneinung aller Grundsätze der Ehrenhaftigkeit und des Vertrauens sowohl als auch aller Übung und Konvention, die dem gesamten Bau des internationalen Rechts zu Grunde liegen.»

Man wird sich auch daran erinnern, daß Tschitscherin, der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, dem Präsidenten Coolidge im Dezember 1923 telegraphierte, darauf aber eine einigermaßen scharfe Zurechtweisung durch den Sekretär des State Department erfuhr, der erklärte, wenn die oberste Sowjetbehörde bereit sei, das beschlagnahmte Eigentum von amerikanischen Bürgern herauszugeben, oder gleichwertigen Ersatz dafür zu leisten, so könnte sie das tun; wenn sie bereit sei, den Erlaß außer Kraft zu setzen, der die Schuldverpflichtungen Rußlands gegenüber amerikanischen Bürgern aufhebt, so könnte sie das tun. Mr. Hughes fügte aber hinzu, «daß weder Konferenz noch Verhandlungen dazu notwendig sind, diesen Erfolg zu zeitigen, der als Zeugnis des Vertrauens in Moskau erreicht werden kann und sollte.» Und doch wartet Großbritannien, ebenso wie Amerika, immer noch auf solche Beweise des Vertrauens.

Schließlich haben die Dominien, deren Handel mit Rußland bedeutungslos ist, in keiner Weise den besonderen Wunsch gezeigt, die Beziehungen mit Moskau wieder aufzunehmen; dagegen haben sie alle vollwertigen Garantien gegen Propaganda verlangt. Es ist auch Britanniens Pflicht, gegenüber Rußland beständige Wachsamkeit zu üben, auf daß der Angriff des Bolschewismus nicht die Dämme durchbreche, die unsere westliche Zivilisation gegen die steigende Flut der farbigen Rassen schützen. Der Rassenkampf in Asien ist ja eine nicht mißzuverstehende und sehr bedeutsame Seite des Problems der Nationalitäten, das schon großen Reichen zum Verhängnis geworden ist. Während Britannien auf dem diplomatischen Felde in Europa Erfolge verzeichnen kann, muß es auf dem asiatischen Gebiet seine Stellung mit dem Schwert in der Hand verteidigen und die Ideale unserer Zivilisation beinahe ganz allein in die Tat umsetzen. Es ist klar, daß ihm seine Aufgabe erschwert wird, wenn offizielle Beziehungen zu seinem gefährlichsten Feind es beengen.